

# Gründungserklärung

## **Bündnis für eine Soziale Stadtentwicklung in Rheinland-Pfalz**

Über 12 Jahre Erfahrung mit dem Programm „Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ in Rheinland-Pfalz haben bewiesen: Gemeinschaftliches, ressortübergreifendes Handeln der Akteure auf verschiedenen politischen Ebenen, verbunden mit dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger führt zur Stabilisierung von Stadtteilen!

Lebenswerte Stadtteile sind von herausragender Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt in unseren Städten. Komplexe Problemlagen machen dabei immer drängender ein vernetztes, abgestimmtes Handeln notwendig. Integrierte Strategien, die sowohl den städtebaulichen wie den sozialen Bedarfen Rechnung tragen und langfristig nachhaltig wirken, sind entscheidende Stellschrauben zur Weiterentwicklung der Zukunftsfähigkeit unserer Städte.

Mit dem Programmansatz der „Sozialen Stadt“ steht auch den Kommunen in Rheinland-Pfalz ein adäquates Instrument zur Verfügung, diese Zukunftsfähigkeit wirksam werden zu lassen. Die politische Entscheidung des Bundes, das Programm „Soziale Stadt“ als rein investives Programm mit verminderter Mittelausstattung fortzuführen, darf nicht zu einem Verlust des strategischen Ansatzes führen. Die in dieser Zeit aufgebauten Kooperationsstrukturen in den Stadtteilen, in den Kommunen, auf Landesebene und die positive Zusammenarbeit zwischen Akteuren aus unterschiedlichen Politikfeldern besitzen über das bisherige Programm „Soziale Stadt“ hinaus programmatische Qualität, die für die Zukunft erhalten und weiterentwickelt werden soll.

Deshalb rufen der Städtetag Rheinland-Pfalz, die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz, das Landesnetzwerk Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Rheinland-Pfalz, der Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz, der Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft sowie der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland-Westfalen zur Gründung eines „**Bündnisses für eine Soziale Stadtentwicklung in Rheinland-Pfalz**“ auf.

Das Bündnis zielt darauf ab

- den strategischen Ansatz eines ressortübergreifenden Handelns zugunsten benachteiligter Stadtteile in den Kommunen zu stärken
- in diesem Sinne bewährte Kooperationsformen aufzugreifen und fortzuentwickeln
- den Erfahrungsaustausch der Akteure zu unterstützen und
- nicht zuletzt die Landesregierung dafür zu gewinnen, als Partnerin der zivilgesellschaftlichen Akteure mit ihren Möglichkeiten den Ansatz einer integrierten Stadtentwicklung auf allen politischen Ebenen zu fördern.

Die Bündnisinitiatoren laden alle Städte und Gemeinden, die freien Träger, die Wohnungswirtschaft, Bewohnerinitiativen und alle weiteren Interessierten ein, sich in diesem Sinne dem Bündnis anzuschließen und das Eintreten für eine zukunftsorientierte Soziale Stadtentwicklung zu unterstützen.

Trier, 05.11.2012